



Syrien im 5. Jahr des Krieges

Wir schaffen – Was?

Eine (Zwischen-)Bilanz mit Clausewitz Einsichten

Dr. Klaus Olshausen

Januar 2016

Zusammenfassung

Im Winter und Frühjahr 2011 erhoben sich die Menschen in vielen nordafrikanischen und arabischen Staaten. Während des erhofften „Arabischen Frühlings“ gab es zwar Zusammenbrüche diktatorischer Regime in Tunesien und Libyen (dort mit westlicher Unterstützung bis zum Tod Gaddafis). Aber es entwickelten sich fragile und gescheiterte Staaten, es kam zur Rückkehr autokratischer Systeme und – in Syrien zu einem nun schon fünf Jahre anhaltenden Bürgerkrieg, der von Assad von Anfang an mit größtmöglicher Brutalität geführt worden ist und wird. Bis heute haben weder die Rebellen (Opposition gegen Assad) noch Assad ihre Ziele erreichen können. Bei westlichen Staaten war bis zum Frühsommer 2015 die Blickrichtung v.a. durch die Frage geprägt, ob und wenn ja, wie man die Schutzverantwortung für die Syrer (R2P) gegen die beiden brutalen Mächte, Assad und sog. IS, wirksam wahrnehmen kann.

Seit die Flüchtlinge massiv Europa erreichen und terroristische Angriffe in Europa sich verstärken sowie Russland massiv auf der Seite Assads eingreift, tritt für sie neben das humanitäre Interesse unter R2P ein spezifisches Eigeninteresse, den Bürgerkrieg beenden zu helfen und den sog. IS auszuschalten. Und mit dem russischen militärischen Eingreifen wird es für sie noch schwieriger, ihren politischen Zweck, Assad von der Macht zu trennen, zu verwirklichen. Die Entwicklung und die Handlungsmöglichkeiten internationaler und regionaler Akteure werden unter Anwendung von Methoden und Einsichten von Clausewitz betrachtet und denkbare Entwicklungslinien aufgezeigt und bewertet.

Letztlich bleibt die Frage, wann die Erkenntnis reift, dass in diesem Krieg und dieser komplexen Krise der eine den anderen nicht ganz wehrlos machen kann. Dann werden die Motive zum Frieden in beiden Teilen steigen. Sollte das für die Verhandlungen in Genf, Wien und New York eintreten, könnte eine „Mitte ihrer politischen Differenz“ entstehen, die in ihrer Summe hinreicht, den Frieden zustande zu bringen, „natürlich aber zum Besten dessen, der die schwächsten Motive dazu hatte“ (S.50). Und darin liegt des „Pudels Kern“, warum alle Parteien vor Ort und mit starken Partnern dafür kämpfen und arbeiten, diese „schwächsten Motive“ zu haben.



Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Dr. Klaus Olshausen



Analyse

Einleitende Hinweise

Seit März 2011 erleben wir als Bürger, als Analysten, als ‚politische Klasse‘ und als handelnde Regierungen den seit Sommer 2011 katastrophal verlustreichen Krieg in Syrien. Die nach Freiheiten rufende Opposition gegen das repressive Assad-Regime hat dabei mit der gesamten Zivilbevölkerung äußerst hohe Verluste erlitten. Ihr Ziel, den Sturz des Assad Regimes zu erreichen, konnte sie (bisher) nicht erreichen. Denn auch nach der Bildung einer syrischen nationalen Koalition im November 2012, die viele Regierungen im ‚Westen‘ als legitime Vertretung Syrien anerkannten, beschränkte sich deren Unterstützung auf Worte und begrenzte Material- und Waffenlieferungen. Der fehlende Wille der sog. ‚Freunde Syriens‘, gemäß der Schutzverantwortung der VN (R2P) zu handeln, war der innenpolitischen Ablehnung eines direkten Eingreifens geschuldet. Legalistisch nutzte man mit ‚großem Bedauern‘ den Hinweis, dass man leider kein VN-Mandat für ein Eingreifen erreichen konnte.

Heute bleibt zu konstatieren, dass dieser Krieg – von Assad begonnen und brutal geführt – inzwischen nahezu 300.000 Tote gefordert und fast fünf Millionen zu Flüchtlingen und etwa zehn Millionen zu Binnenflüchtlingen in Syrien gemacht hat. Die kriegerischen Auseinandersetzungen haben sich vervielfältigt. Eine Koalition von ca. 65 Staaten unter quasi ‚Führung‘ der USA bekämpft den sog. ‚IS‘ im Irak und – begrenzt – in Syrien. Rebellen und Al Nusra sowie teilweise der IS kämpfen mit unterschiedlichen Ansätzen gegen das Assad Regime; Russland kämpft seit Ende September mit eigenen Luftstreitkräften an der Seite Assads gegen alles, was es Terroristen nennt, und das mit massiver Unterstützung Irans v.a. mit der Hizbollah und schiitischen Milizen.

Nach dem Absturz einer russischen Linienmaschine über dem Sinai am 31. Oktober, zwei schrecklichen Bombenattentaten in Beirut am 12. November, waren es die sechs gezielten Angriffe an unterschiedlichen Orten mitten in Paris, die großes Entsetzen auslösten. Neben großer Empathie und aufrichtigem Mitgefühl betonten viele Regierungen – auch in Moskau – ihre umfassende Solidarität und die enge Zusammenarbeit mit Frankreich beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Kanzlerin Angela Merkel sagte „jedwede Unterstützung“ zu. Nach diesen Angriffen stellte Präsident Hollande fest: „Dies ist ein Akt des Krieges“. Dies entfachte erneut eine Diskussion, ob dies denn ein Krieg sei, ob man selbst Krieg gegen den transnationalen islamistischen Terrorismus führen müsse.

Zur Analyse der gegenwärtigen Lage

Zum Jahresende 2015 gibt es eine ganze Reihe miteinander verknüpfter sowie gegenläufiger Entwicklungen, deren Analyse mit Methoden und Einsichten aus dem Werk von Clausewitz versucht werden kann, um daraus Hinweise für das weitere Vorgehen abzuleiten.

Folgende seiner Einsichten und Methoden bieten dafür sinnvolle Anhalte:

1. Das Handeln und Gegen-Handeln als Kennzeichen „lebendiger Reaktion“ (S. 108) und dies bei zahlreichen Akteuren, die auf geographisch/-politisch, funktional und institutionell verschiedenen Handlungsebenen tätig werden;
2. Urteilen und Handeln „aus dem Gesamtüberblick aller Verhältnisse“ (S. 659);
3. Die systematische Abklärung der Zweck – Ziel – Mittel Relationen für alle Akteure (S. 47 ff. u. S. 659);



4. Bewerten der Änderung von Natur, Form und Inhalt der Krise im Sinne der Aussage über den Krieg als Chamäleon (S. 46);
5. Untersuchen der Elemente ursprünglicher Feindschaft, des Raums von Wahrscheinlichkeiten und Zufällen sowie des politischen Werkzeugs mit rationalem wie irrationalem Handeln im Sinn der „wunderlichen Dreifaltigkeit“ (S. 46);
6. Krieg (und Krise) als „Akt des menschlichen Verkehrs“, ein Bürgerkrieg als „Konflikt großer Interessen, der sich blutig löst“ (S. 121).

Jeder einzelne Akteur, aber auch die Gesamtlage können damit untersucht und beurteilt werden, um zusätzliche perspektivische Orientierungen für absehbare Entwicklungen zu erarbeiten.

Beschreibt man die Vorgänge extensiver Gewalt in Syrien selbst als das Kerngebiet der Krise, dann reihen sich darum – wie schon seit 2011 – mit unterschiedlichem Handeln und Einfluss

- die direkten Nachbarstaaten, v.a. Saudi-Arabien und die Türkei
- weitere regionale Mächte, dabei v.a. Iran und institutionell die Arabische Liga, sodann
- im internationalen Rahmen die Vereinten Nationen (VN), v.a. mit dem Sicherheitsrat (VNSR), die Europäische Union (EU), aber dann auch und insbesondere
- die Großmächte, v.a. die USA, Russland und China, aber auch einige Mittelmächte, wie z.B. Frankreich mit eigenen Interessen und Handlungsoptionen.

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf eine Analyse und Bewertung der Großmächte, wesentlicher regionaler Staaten und der Europäischen Union (EU) und der NATO.

Zwei Einsichten von Clausewitz können Elemente der Ausgangslage Ende 2015 kennzeichnen:

„Die ursprünglichen politischen Absichten (können) im Laufe des Krieges [auch der Krise, d. Verf.] sehr wechseln und zuletzt ganz andere werden, eben weil sie durch die Erfolge [auch Misserfolge, d. Verf.] und durch die wahrscheinlichen Ergebnisse mit bestimmt werden“ (S. 50).

„Niemals wird man sehen, daß ein Staat [oder Staatengruppe, d. Verf.], der in der Sache eines anderen auftritt, diese so ernsthaft nimmt wie seine eigene. Eine mäßige Hilfsarmee [oder Ausbildung zur ‚Ertüchtigung‘, d. Verf.] wird vorgesandt; ist sie nicht glücklich, so sieht man die Sache als abgemacht an und sucht so wohlfeil als möglich herauszukommen“ (S. 680).

Zusätzliche Faktoren und Entwicklungen

Bei den westlichen Staaten war bis zum Frühsommer 2015 die Blickrichtung auf den brutalen Krieg Assads einerseits und den territorialen Machtgewinn des sog. ‚Islamischen Staates‘ (IS) in Syrien wie im Irak andererseits v.a. geprägt durch die Frage, ob und wenn ja, wie man die Schutzverantwortung für die Syrer gegen diese beiden brutalen Mächte wirksam wahrnehmen kann.

Seither wird die Sichtweise durch drei Entwicklungen zugespitzt:

1. Der sog. IS befeuert und/oder organisiert terroristische Angriffe in Europa und – Nordafrika und bedroht so die jeweilige Bevölkerung nachhaltig.



2. Die v.a. durch Assads brutalen Krieg ausgelöst und den sog. IS verstärkten Fluchtbewegungen sind nicht mehr auf die Nachbarstaaten begrenzt, sondern erreichen in sehr großen, ja dramatischen Zahlen, den Balkan und Staaten der EU.
3. Russland hat seit August seine militärische Präsenz in Syrien massiv erhöht und führt seit 30. September offensive Luftkriegsoperationen zur Unterstützung Assads.

Für Deutschland und die Europäische Union tritt nun sichtbar – neben ein humanitäres Interesse unter einer Verpflichtung aus R2P – ein spezifisches Eigeninteresse, den Bürgerkrieg in Syrien beenden zu helfen und den sog. IS als Quelle transnationalen Terrorismus auszuschalten.

Mit dem aktiven Eingreifen Russlands auf Seiten Assads wird es für die westlichen Staaten noch schwieriger, ihren häufig erklärten politischen Zweck, Assads Regime zu beenden, irgendwie, und d.h. in jedem Fall ohne eigene Landstreitkräfte, zu verwirklichen.

Mit den Wiener Gesprächen seit Oktober, der Bildung einer „International Syria Support Group“ (ISSG) und den beiden Resolutionen des Sicherheitsrates, 2249 vom 20.11.15 und 2254 vom 18.12.15, wird erkennbar, dass die beiden Ziele, ein Syrien ohne Assad und ein Ausschalten des sog. IS im Irak und in Syrien nicht parallel oder gar in einem verfolgt werden. Das Eigeninteresse an der Eindämmung des transnationalen Terrorismus scheint erkennbar schwerer zu wiegen als eine schnelle Überwindung des Assad Regimes.

Zwecke, Ziele, Mittel – jetzt und 2016

Offensichtlich hat Deutschland mit den EU Staaten und wie die USA entschieden, dass die mit der VNSR 2254 geforderten Schritte für einen Waffenstillstand zwischen „Rebellen“ und Assad-Regime sowie die dann zu bildende Übergangsregierung und die Wahlvorbereitung voranzubringen sind, um erfolgversprechende Operationen gegen den sog. IS in Syrien führen zu können.

Ist die dem zugrunde liegende Analyse und Beurteilung gut begründet oder wenigstens plausibel?

Die Fakten bei allen Akteuren, die Ursache-Wirkung Zusammenhänge und die Prüfung angewandter und anzuwendender Mittel sind dafür zu betrachten.

Für Russland, den Iran und das angeschlagene Regime von Assad zeigen seit Ende September – und fortgesetzt nach der VNSR 2254 – militärische Angriffe aus der Luft und am Boden gegen die gemäßigten Rebellen und, wo erforderlich, gegen IS Positionen, dass sie ihren politischen Zweck, das Regime Assad zu halten, nicht aufgegeben haben. Das bedeutet, dass sie bis zum 25. Januar, dem vorgeschlagenen Beginn der Gespräche in Genf unter Leitung des VN Sonderbeauftragten für Syrien, Staffan di Mistura, alle verfügbaren Mittel einsetzen werden, um dort in einer Position der Stärke aufzutreten.

Die ‚gemäßigte Opposition‘, die freie syrische Armee (FSA) und Rebellengruppen verfügen über keine adäquaten Mittel, um sich gegen Russland, Iran und das verbliebene Regime erfolgreich zu behaupten, geschweige denn eine Ablösung von Assad zu erreichen.

Die Staaten der EU und der NATO können oder wollen diese Gruppen nicht massiv militärisch unterstützen, um zumindest die militärisch-politische Balance gegenüber dem Regime zu verbessern. Die westlichen Staaten begründen dies damit, dass es ‚keine militärische Lösung gebe‘ und man auf den politischen Prozess setze. Der Druck auf die Opposition, gegenüber dem Regime einzulenken, folgt also nicht nur durch das militärische Handeln von Russland, dem Iran und Assad, sondern massiv auch durch die westlichen Staaten, die ‚nahezu



verzweifelt' eine Übergangsregierung und einen äußerst fraglichen Waffenstillstand anstreben, in der Annahme, danach eine konzertierte Aktion aller gegen den sog. IS in Syrien zu erreichen.

Da das russische Handeln aktiv bleiben wird, müssen sich die westlichen Staaten darüber klar sein, dass – mit Clausewitz' Worten – „*der, welcher sich dieser physischen Gewalt rücksichtslos, ohne Schonung des Blutes bedient, ein Übergewicht bekommen (muß), wenn der Gegner es nicht tut*“ (S. 28). Es ist deshalb durchaus möglich, dass das „bizarre Bündnis“ USA, Russland und Iran (das hinter der VNSR 2254 steht) Assad (erst einmal) rettet. Damit machte sich Obama – und mit ihm die weiteren westlichen Staaten – zum „Handlanger russisch-iranischer Ambitionen“ (Josef Joffe, *DIE ZEIT*, Nr. 39, 24.09.15).

Westliche Regierungsvertreter begründen ein solches (Übergangs-)Ergebnis – wie sie glauben – mit dem vorrangigeren politischen Zweck, eine gemeinsame Front gegen den sog. IS zu schaffen. Man erwartet einen Ausgang in Genf mit einer von den Oppositionsgruppen unter militärischem Druck von Russland und politischem Druck der westlichen Staaten akzeptierten Übergangsregierung unter Einschluss des Regimes.

Kann man wirklich davon ausgehen, dass die Mehrheit der sunnitischen Stämme (viele von ihnen auf der Flucht vor Assad), die eher den sog. IS erdulden oder teilweise sogar stützen als Assad und sein Regime zu ertragen, ein solches Ergebnis zum Anlass nehmen, sich mehrheitlich gegen die Kräfte des sog. IS zu stellen oder sogar zu kämpfen.

Wenn die Einschätzung richtig ist, dass für die vom Westen viel beschworenen „Bodentruppen“ zum Kampf gegen den sog. IS dringend die Familien und Stämme der Sunniten in Syrien benötigt werden, muss die Frage beantwortet werden, ob man dies durch Zugeständnisse an das Regime erreichen kann. Eine westliche Kalkulation in diesem „Zweifrontenkrieg“ gegen Assad und den sog. IS, die darauf gründen sollte, an der Assad-Front einzulenken, um für die Anti-IS Front Kräfte zu gewinnen, kann scheitern, weil und wenn die sunnitische Bevölkerung in Syrien die Prioritäten anders sieht.

Dann hat man Russland „ein Geschenk“ gemacht, ohne dem selbst gesetzten politischen Zwecken näher gekommen zu sein.

Die Flüchtlingsbewegungen werden eher anhalten und das transnationale Terrornetz des islamistischen Extremismus, v.a. motiviert und organisiert durch den sog. IS, wird seinen Wirkungsradius in Nordafrika und Europa weiter ausbauen können.

In den allgemeinen Formulierungen der Diplomaten und der VNSR Resolutionen für eine „Syrian-led and Syrian-owned political transition“ und das „Drängen“, die Grundsätze aus den Wiener Gesprächen der ISSG zu beachten, liegt so viel Wagheit, dass ohne machtvolles Einwirken der westlichen Staaten auf Russland und den Iran das „Marionettentheater“ unter der Regie von di Mistura entweder scheitert oder ein Ergebnis zeitigt, das die Gesamtheit der Sunniten nicht anerkennen wird.

Erste Zwischenbilanz

Russlands politischer Zweck war und ist die Erhaltung des Assad Regimes gegen all die terroristischen Gruppierungen gleich welcher Couleur. Über die letzten vier Jahre war dieser Zweck durch die militärische Lage in Syrien und die schwindende Durchhaltefähigkeit des Regimes zunehmend in Gefahr geraten. Jetzt sieht sich Russland durch eigenes massives Eingreifen in einer günstigen Position in der internationalen Gemeinschaft – so günstig, dass Russland offensichtlich mit dem weiteren Bombardieren der Rebellen in Kauf nimmt, das



Tableau der Wiener Gespräche und der VNSR 2254 zu „zerbomben“, bevor die erste Runde am 25. Januar 2016 beginnen soll.

Der politische Zweck der syrischen Opposition, die die starke und wiederholte deklaratorische Unterstützung der westlichen Staaten erhielt, das Assad Regime zu überwinden, schien zwar mit der Schwächung des Regimes im Sommer 2015 erreichbar zu sein. Er geriet aber durch die Zersplitterung der Opposition, die anhaltende Luftüberlegenheit des Regimes und das Auftreten von ISIS in große Schwierigkeiten und steht mit Russlands Eingreifen vor einem Desaster.

Der politische Zweck des Westens: eine politische Ordnung für Syrien ohne Assad, wurde nie mit ausreichend politischen, ökonomischen, humanitären und – militärischen Mitteln unterstützt. Er geriet vollends in Gefahr als nach dem Erstarken von ISIS seit 2014 dann auch Russland direkt als militärischer Akteur zum noch wirksameren Gegenspieler dieses Zweckes wurde. So entpuppte sich das Drängen der westlichen Staaten auf Gespräche in dieser Konstellation eher als Zeichen der Schwäche oder doch ein Schritt für einen gesichtswahrenden Zeitgewinn.

Akteur-Beziehungen für die weitere Entwicklung: Handeln und Gegen-Handeln

Am Beginn des Jahres 2016 wird international auf der Grundlage der VNSR 2254 nach 2012 und 2014 ein weiterer Versuch beginnen, den Krieg möglichst zu einem Waffenstillstand zu führen, der alle Kriegsparteien umfasst – allerdings mit der bedeutungsvollen Ausnahme des sog. IS und der Al Nusra Front. Dieses Vorhaben führt aber nicht zu einer Unterbrechung der Kriegshandlungen des Assad Regimes und der russischen Streitkräfte gegen die „Rebellen“, die sich zu wehren versuchen, und Kräfte der IS-Terroristen.

Daraus folgt die Forderung an jede verantwortliche Regierung, z.B. in Deutschland, eine gründliche Beurteilung der Lage vorzunehmen. Dabei ist eine bisher geltende Tatsache in Rechnung zu stellen, dass jede Überlegung westlicher Regierungen zu einer „äußersten Anstrengung an dem Gegengewicht der eigenen inneren Verhältnisse scheitern“kann/wird.

Es gilt also seine politischen Zwecke auf den Prüfstand zu stellen, wo geboten anzupassen, dann erreichbare Ziele zu setzen und diese mit wenigstens hinreichenden nicht-militärischen und – wenn erforderlich –militärischen Mitteln im Konzert mit Verbündeten, Partnern, der internationalen Gemeinschaft und nicht zuletzt den Akteuren im Bürgerkrieg selbst zielstrebig und standhaft zu verfolgen. In der komplexen, dynamischen, unübersichtlichen Lage im Bürgerkrieg selbst und durch die einwirkenden Nachbarstaaten, Regional- und Großmächten erfordert es große „Fertigkeit, aus einer unübersehbaren Menge von Gegenständen und Verhältnissen die wichtigsten und entscheidenden durch den Takt des Urteils herauszufinden.

Wenn die westlichen Staaten sich auf den politischen (Fern-)Zweck verstehen, der in der UNSR 2254 festgelegt ist, nämlich die Verpflichtung auf die Einheit, Unabhängigkeit, territoriale Integrität und ‚non-sectarian‘ Charakter, dann wird es entscheidend sein, ob die dafür erforderlichen „näheren Ziele“ – ein Waffenstillstand, eine Übergangsregierung für Syrien in 6 Monaten (soweit es nicht unter der territorialen Kontrolle des sog. IS ist), eine Planung von Wahlen in 18 Monaten – bei den sehr kontroversen Vorstellungen der unterschiedlichen Akteure auf verschiedenen Ebenen realistische Aussichten haben bzw. mit welchen Mitteln und auf welchem Wege man diesen Zielen näher kommen bzw. sie erreichen kann.



Russland und die USA (Westen)

Mit dem Einsatz russischer Streitkräfte in Syrien ist eine wesentliche, zusätzliche Komponente hinzugekommen, und die USA (für westliche Staaten) und Russland waren ausschlaggebend, die Gespräche in Wien seit Oktober und die UNSR 2249 und 2254 im November und Dezember zu Ergebnissen zu führen.

Russland hat mit seinem direkten militärischen Eingreifen auf Seiten des Assad Regimes unterstrichen, dass es dessen Niederlage im Bürgerkrieg nicht hinnehmen will und – wird. Seine Position in den Gesprächen in Wien, im Sicherheitsrat und den folgenden Foren hat es dadurch zumindest in Relation zu den USA (Westen) gestärkt. Von dieser veränderten Basis aus hat Russland seit September auch für eine Koalition (als gleichberechtigter Partner) gegen den sog. IS geworben.

Die Situation für die USA (Westen) ist ungünstiger geworden. Der zumindest deklaratorische politische Zweck, das Assad Regime zu überwinden, wurde in fast fünf Jahren nicht erreicht. Jetzt steht dem die Großmacht Russland direkt entgegen, mit dem die USA eine militärische Konfrontation vermeiden wollen. Schon zuvor, aber jetzt verstärkt, konzentrieren sich die USA mehr auf den Kampf gegen den sog. IS. Bei der (zur Zeit) gestärkten Position Russlands und der Priorität gegen den sog. IS, werden die USA (Westen) nun erheblichen Einfluss/Druck auf die „Rebellen-Gruppen“ – aber auch auf die arabischen Staaten, allen voran Saudi-Arabien sowie die Türkei aufnehmen müssen, statt der Überwindung des Assad Regimes eine Übergangsregierung mit diesem hinzunehmen.

Über die organisierten Rebellen-Gruppen hinaus muss aber die Mehrzahl der sunnitischen Stämme und Familien (ca. 80 % der Bevölkerung) gewonnen werden, wenn ein bleibender Erfolg gegen den sog. IS in Syrien möglich werden soll. Ob und wie dies bei gleichzeitiger Hinnahme eines Weiterbestehens des Assad Regimes gelingen kann, ist völlig offen. Zumindest gibt es für Syrien keine konkreten Angebote an die Sunniten außer den politischen allgemeinen Formulierungen in der UNSR 2254.

Mit Blick auf beide Akteure kann man festhalten, dass die USA Russland fehlerhaft eingeschätzt haben und so vom massiven militärischen Eingreifen Russlands überrascht worden sind. Ein ausgleichendes Gegen-Handeln hatten sie nicht zur Verfügung oder wollten es nicht einsetzen.

Zwar ist der Bürgerkrieg in Syrien für beide Länder/Regierungen keine existenzielle Gefahr, aber Putin schätzt die geopolitische Bedeutung für sein Land doch gravierender ein als Obama. Dieser hat gerade vor den Weihnachtstagen noch einmal unterstrichen, dass selbst gegen den sog. IS, geschweige den gegen das Assad Regime, kein umfangreicheres militärisches Eingreifen zur Diskussion steht.

Bis zum Beginn der Gespräche unter der Betreuung des VN Sonderbeauftragten für Syrien, di Mistura, wird man weiter massives Eingreifen Russlands und des Iran (Hizbollah und weitere schiitische Milizen) auf Seiten des Assad Regimes beobachten, dem die Rebellen-Gruppen aufgrund der fehlenden Unterstützung der USA (Westen) und unzureichender Unterstützung seitens arabischer Staaten und der Türkei nicht wirkungsvoll entgegentreten können. Wenn Obama an seiner Position unbeeindruckt festhält und die Genfer Gespräche unter diesen Auspizien beginnen, kann für die gemäßigte Opposition nur ein ungünstiges, vielleicht sogar unannehmbares Ergebnis in Rede stehen.

Das würde bedeuten, dass sich insbesondere viele Sunniten noch mehr als bisher von den USA (Westen) verraten fühlen und dann wohl nicht bereit sein werden, die „Bodentruppen“ für die große Koalition gegen den sog. IS zu stellen.



Russland und die Türkei – nach dem 24. November

Für die Türkei als nördlichem Nachbarstaat Syriens und des Irak gilt seit dem Beginn von Assads Krieg gegen seine Bevölkerung, dass die Entwicklung der Kurden in Syrien – wie im Irak – die Kämpfe zwischen Rebellen und Regime in unmittelbarer Grenznähe und die sich zuspitzende Lage der wachsenden Flüchtlingszahlen unmittelbar wirkende Parameter sind. Mit dem Ausgreifen des sog. IS in Syrien und im Irak und der steigenden Flüchtlingszahlen hat sich die Lage für die Türkei auch deshalb deutlich verändert, weil die Kurden im Irak und in Syrien mit Unterstützung der „großen Koalition“ (die Peschmerga Kurden insbesondere durch Deutschland) im Kampf gegen den sog. IS Erfolge erzielen und damit die kurdische Position in beiden Ländern stärken.

Erdoğan ist seinem Ziel, Assad auszuschalten, das er besonders dramatisch mit Vorwürfen an die handlungsunfähigen VN im Oktober 2012 gefordert hatte, im fünften Jahr nicht näher gekommen. Seit dem Sommer 2015, mit der Entscheidung, den Kampf gegen die PKK wieder aktiv mit Polizei und Militär zu führen, und seit dem aktiven Eingreifen Russlands auf Seiten Assads sind die Chancen, dafür eine wirksame Koalition zu finden, geringer als je zuvor.

Dazu kommt, dass er nach dem Anschlag des sog IS im Juli in Suruc nun die Koalition unter amerikanischer Führung gegen diese Terrororganisation unterstützt.

Mit dem Beginn der russischen Luftangriffe auf Seiten Assads, die für die türkische Regierung ein Schlag ins Gesicht ihrer politischen Zielsetzung sind, haben sich die Gegebenheiten für die Türkei weiter verschlechtert. Denn Russlands Einsätze konzentrieren sich mehr auf die Kräfte der Opposition im Norden und um Damaskus als auf den sog. IS. Und dabei haben die im Norden eingesetzten russischen Flugzeuge schon zu Beginn und mehrfach den türkischen Luftraum verletzt. Dies wurde schon Anfang Oktober bei der Tagung der NATO Verteidigungsminister empört kritisiert bei gleichzeitigem Bemühen, weitere militärische Zuspitzung zu vermeiden. Der Einsatz eines russischen Kampfflugzeuges entlang der Südgrenze der Türkei führte zu einer Verletzung des Luftraumes. Türkische Abfangjäger entschieden, ihre Waffen einzusetzen und das Flugzeug abzuschießen.

Unabhängig davon, welche der gegensätzlichen Darstellungen des Vorfalls näher an der Wirklichkeit sind, führte dies nicht nur zu einer massiven Reaktion Putins mit drastischen Sanktionen gegen die Türkei, einschließlich der Einstellung jeden Tourismus, sondern hat auch nachteilige Auswirkungen auf die vorgesehenen Gespräche nach der VN Resolution 2254, denn in der ISSG sind beide Staaten Teilnehmer – und dies mit konträren Positionen in der Hauptsache: das Assad Regime.

Handeln und Gegen-Handeln, Wahrscheinlichkeiten, Zufälle und unerwartete/unerwünschte Folgen eigenen Handelns können an diesem Fall exemplarisch betrachtet werden.

- Hatte Putin die verbalen Proteste und Warnungen der Türkei wegen der Luftraumverletzungen nicht ernst genommen und der Türkei nicht „zugetraut“, ein russisches Flugzeug abzuschießen?
- Hatte Erdoğan/seine Streitkräfte, als sie entschieden, den Abschuss des Kampfflugzeuges freizugeben, damit gerechnet, dass Putin dies zur Aufkündigung aller politischen und ökonomischen Zusammenarbeit nutzen würde?

Hier wird die von Clausewitz geschilderte „lebendige Reaktion und die Wechselwirkung, welche daraus entspringt“ (als Eigentümlichkeit im kriegerischen Handeln) exemplarisch deutlich. „Die Wirkung, welche irgendeine Maßnahme auf den Gegner hervorbringt, ist das Individuellste, was es unter allen Datis des Handelns gibt“ (S.108).



Man kann fragen, ob Putin striktere Weisung gegeben hätte, die Grenze zur Türkei zu beachten, wenn er der Türkei, die sich auch durch die russischen Angriffe auf die Turkmenen in Nordsyrien provoziert sah, den Abschuss zugetraut oder gar erwartet hätte?

Und man kann auch fragen, ob Erdoğan, diese aktive Reaktion bei Überflug erlaubt hätte, wenn er die rabiate Antwort Putins für wahrscheinlich gehalten hätte.

Es muss sich zeigen, inwieweit diese zusätzliche Auseinandersetzung zwischen beiden sich auf die weitere Entwicklung in Syrien auswirken. Denn beide halten an den sich ausschließenden Positionen zur Beibehaltung oder Ablösung des Assad Regimes fest.

Putins Argumente und Maßnahmen gegen die Türkei sollen nicht nur die Türkei v.a. ökonomisch, aber auch politisch in deren schwieriger Lage durch die Kämpfe mit der PKK schwächen, sondern sie zielen auch auf die NATO. Er kann testen, wieweit die Allianz an der Seite des Mitglieds steht, oder ob er diese Situation nutzen kann, an deren Kohäsion zu kratzen. Etwas, das ihm in der Auseinandersetzung in und über die Ukraine (bisher) nicht gelungen ist. Er kann auch im Blick haben, mit einer Schwächung der Türkei, seine Beherrschung des Schwarzen Meeres zu untermauern und deren Willen, seine Bewegungsmöglichkeiten ins Mittelmeer zu begrenzen, zu schwächen.

Natürlich kann das „Poltern“ auch aus innenpolitischen Gründen gewollt sein. Dabei können sich die wirtschaftlichen Sanktionen und insbesondere das Verbot von Reisen in die Türkei nicht nur förderlich für sein Ansehen als „starker Mann“ auswirken.

Diese Entwicklung des russisch-türkischen Verhältnisses, im Zusammenhang mit dem mehrdimensionalen Krieg in und Konflikt um Syrien, zeigt exemplarisch auf, dass bei Handeln und Gegen-Handeln zweier Kontrahenten nicht nur die Wirkungen zwischen ihnen ein Rolle spielen, sondern durchaus dazu dienen können, zu versuchen, Bündnisse zu trennen (S. 51). Dass dies Putin in Richtung NATO absehbar nicht gelingen wird, zeigt die Entscheidung der NATO Ende Dezember 2015, zur Überwachung und zum Schutz des türkischen Luftraumes AWACS Einheiten nach Konja zu verlegen.

Andererseits muss Erdoğan wissen, dass er die Solidarität der Allianzpartner strapaziert, wenn er seinen Kampf gegen die PKK mit unverhältnismäßigem Einsatz von Polizei und Armee – auch gegen die Kurden insgesamt – im Südosten unvermindert fortsetzt und keine parallele Dialog-Linie erkennbar wird. Wenn der Kampf gegen die PKK seine erste Priorität wird/bleibt, kann sich ergeben, dass er bei den Genfer Gesprächen mit Blick auf eine Übergangsregierung in Syrien, unter Mitwirkung des Assad Regimes, seine strikte Ablehnung lockert.

Türkei – Europäische Union – NATO

Seit die große Zahl der Flüchtlinge in Richtung Westeuropa die Staaten der EU in starker, aber sehr unterschiedlicher Weise fordert und belastet, wird aus der EU und den Mitgliedstaaten (MS) der Blick mit mehr Nachdruck auf die Fluchtursachen gerichtet.

Zunächst die „nahen“ Ursachen dafür, dass eine geordnete Bewältigung innerhalb der EU nicht erfolgt: erstens wegen der seit Jahren nicht konsequenten Anwendung und dem jetzigen Zusammenbruch des „Dublin-Verfahrens“ und zweitens wegen der für diese Lage völlig unzureichenden Schutzes der Schengen Außengrenzen im Südosten und Süden.



Dann hat man zugestehen müssen, dass die ungenügende Unterstützung der IG – auch seitens der EU und ihrer MS – für die Menschen in den riesigen Flüchtlingslagern in der Türkei, im Libanon und in Jordanien, den verzweifelten Aufbruch in die Staaten der EU drastisch verstärkt hat.

Aber vor allem konnte man nicht übersehen, dass Passivität gegenüber dem Bürgerkrieg in Syrien und halbherziges Handeln in drastischer Weise die Folgen mit schrecklichen Anschlägen und Flüchtlingen in bisher nicht gekanntem Ausmaß vor die eigene Tür katapultiert hat.

Und als trotz dieser innenpolitisch geprägten halbherzigen Syrienpolitik des „Westens“ das Assad Regime im Sommer weitere wichtige Teile des Landes, v.a. im Westen verloren hatte und seine endgültige Niederlage nicht mehr auszuschließen war, sprang Russland für das Assad Regime in die Bresche und stabilisierte dessen Lage.

Der EU und ihren MS war und ist klar, dass – wie in den vergangenen vier Jahren – nach Kapazitäten, gemeinsamem Willen und politischer Entschlusskraft keine militärische GSVP Mission irgendeiner Art für die syrische Opposition infrage kommt. Sie betonen aber, dass der sog. IS auch militärisch bekämpft werden muss. Allerdings hat auch auf diesem Feld die französische Bitte nach Unterstützung gemäß Artikel 42.7 des Lissabonner Vertrages nur von einzelnen MS militärisch begrenzte Unterstützung gegen den sog. IS erbracht. Um die Konzentration auf diesen Kampf mit mehr Aussicht auf Erfolg als mit der bisherigen ‚großen Koalition‘ voran zu bringen, beteiligt sich die EU – wie eine Reihe von MS – an den Wiener Gesprächen in der ISSG, um für Syrien (ohne sog. IS) einen Waffenstillstand und eine Übergangsregierung zu erreichen.

Auch dafür ist eine konstruktive Beteiligung der Türkei erforderlich. Da diese Entwicklungen aber viel Zeit brauchen und im Ergebnis sehr unsicher bleiben, muss die EU mit der Türkei einen Weg finden, den Flüchtlingsdruck auf die Schengen Grenze in Griechenland und auf dem Balkan zu mindern. Aus den seit Mitte September 2015 intensivierten Abstimmungen innerhalb der EU und den Gesprächen und Treffen mit der türkischen Regierung entstand ein Aktionsplan mit zwei Schwerpunkten: erstens die Unterstützung der syrischen Flüchtlinge und der sie aufnehmenden Gemeinden, zweitens verstärkte Zusammenarbeit bei der Prävention irregulärer Migration. Für die erste Aufgabe will die EU zunächst bis zu 3 Mrd. Euro zur Verfügung stellen. Bei der zweiten Aufgabe geht es vor allem darum, gegen das Schleuserunwesen vorzugehen und die Rückführung von Migranten zu verstärken, denen kein Schutz gem. der Flüchtlingskonventionen zugestanden wird.

Um die Kooperation der Türkei zu erreichen, waren die EU und ihre 28 Mitgliedstaaten zu Schritten bereit, über die längere Zeit kein Konsens herzustellen war. Bei einem Gipfeltreffen des Europäischen Rates mit der Türkei am 29. November 2015 wurde vereinbart, den Beitrittsprozess erneut zu aktivieren, der schon länger nicht fortgeführt worden war, und dazu den Dialog auf hochrangiger Ebene durch häufigere und strukturierte Gespräche zu verstärken, einschließlich zweier Gipfeltreffen im Jahr. Darüber hinaus wurde bereits für den 14. Dezember die Öffnung eines neuen Kapitels über die weitere wirtschaftliche Integration geöffnet und die EU Kommission beauftragt, bis zum Frühjahr 2016 weitere Kapitel zur Öffnung vorzubereiten und außerdem den lange verzögerten Prozess zur Frage der Visaerleichterungen bis Ende 2016 zum Abschluss zu bringen.

Für eine erfolgreiche Durchführung gibt es für die EU im Verhalten der Türkei Risiken, die sie nicht unmittelbar beeinflussen kann. Zum einen hat Erdoğan nach den Wahlen im Sommer 2015 entschieden, den Kampf gegen die PKK nicht nur im Nordirak, sondern auch in der Türkei wieder aufzunehmen. Das massive Vorgehen mit Polizei und Streitkräften, insbesondere im Südosten der Türkei, wurde nach den Novemberwahlen noch ausgedehnt.



Zum anderen wird sich noch zeigen müssen, welche Position die Türkei bei den Genfer Gesprächen unter dem Schirm der VN verfolgt, wenn die Frage einer Übergangsregierung mit oder ohne Assad verhandelt wird.

Hier wird es darauf ankommen, kontinuierlich zu beurteilen, welche Mittel man einsetzen kann, um die eigenen politischen Ziele mit oder in Konkurrenz zur Türkei durchsetzen zu können. Da die Lage und die Verhältnisse für beide unterschiedlich sind, Unsicherheiten, Überraschungen, ja Zufälle in den Entwicklungen zu erwarten sind, werden Charakter, Fähigkeiten und Willensstärke der Regierungen oder v.a. der Persönlichkeiten als Entscheidungsträger eine maßgebliche Bedeutung für den weiteren Gang der Ereignisse haben.

NATO – Türkei

In den Kriegen in Syrien und im Irak und den internationalen Aktivitäten hat die NATO keine eigenständige politische oder militärische Aufgabe. Lediglich mit dem Irak wurde im Herbst 2012 – also vor den massiven Angriffen von ISIS im Irak – ein reguläres individuelles Partnerschaftsprogramm vereinbart. Es war quasi das Nachfolgeprogramm, nachdem die „NATO Training Mission Iraq“ 2011 geendet hatte. Dessen Inhalte konzentrieren sich auf Kapazitätsaufbau, Ausbildung (education) und Training.

Allerdings ergibt sich für die NATO eine besondere Aufgabe dadurch, dass ihr Mitglied Türkei eine lange Grenze zu Syrien und zum Irak hat. Die Kriege und Konflikte haben das Potential, sich auf diesen Bündnisstaat auszuweiten. Eine Beeinflussung war von Anfang an gegeben. Deshalb hatte die NATO schon Ende 2012 im Rahmen der Unterstützung gem. Artikel 4 des Washingtoner Vertrages zum Schutz der Türkei und zur Abschreckung möglicher Angriffe des Assad Regimes mit Raketen oder Kampfflugzeugen entschieden, mehrere Flugabwehreinheiten PATRIOT zu stationieren. Die Ankündigung des Abzugs dieser Einheiten durch die beteiligten Mitgliedstaaten der NATO im Sommer 2015 wurde mit der Einschätzung begründet, dass es eine Gefahr solcher Angriffe nicht (mehr) gebe. Es war aber auch eine politische Maßnahme, um Erdoğan zu zeigen, dass man seiner Politik im Nordirak und Nordsyrien in seinem Kampf gegen die PKK statt gegen den sog IS nicht zustimmte.

Während die Allianz Maßnahmen gegen die terroristischen Aktivitäten der PKK im Grundsatz für berechtigt hält, versucht sie bisher erfolglos, die türkische Regierung von den negativen Folgen eines so massiven Einsatzes wie derzeit zu überzeugen – und zwar nicht nur für die Stabilität der Türkei selbst, sondern auch für das zusätzliche Anheizen der Kriege in der Region.

Mit dem Eingreifen Russlands in den Krieg in Syrien auf Seiten Assads tauchte plötzlich zusätzliches Konfliktpotential für die NATO auf. Das wurde schon in den ersten Tagen manifest, als es zu mehreren Verletzungen des türkischen Luftraumes durch russische Flugzeuge kam. Vor und im Rahmen der Herbsttagung der Verteidigungsminister Anfang Oktober brachte die NATO einerseits ihre Kritik und Besorgnis angesichts der Eskalation russischer militärischer Aktionen zum Ausdruck, verbunden mit der Zusicherung des Schutzes der Türkei gegen russische Angriffe. Andererseits war das Bemühen zu erkennen, eine weitere militärische Zuspitzung zu vermeiden und den Weg für Gespräche über politische Ansätze zur Lösung des Syrien-Konflikts nicht zu verbauen. Diese Zuspitzung erfolgte dann am 24. November, als die türkischen Luftstreitkräfte ein russisches Kampfflugzeug abschossen, das in den türkischen Luftraum eingedrungen war. Putins sofort und massiv geäußelter und anhaltender Zorn und die massiven ökonomischen Sanktionen gegen die Türkei belasten nicht nur das bilaterale Verhältnis und die wirtschaftlichen Gegebenheiten in der Türkei, sondern können sich negativ auf das Verhalten beider als Teilnehmer in der ISSG unter der VNSR 2254 auswirken. Mit den Geschehnissen in der Ukraine nach dem 21. Februar 2014 vor Augen erscheint es nicht ausgeschlossen, dass nur die Mitglied-



schaft der Türkei in der NATO den zornigen Putin davon abgehalten hat, auch mit militärischen Maßnahmen und Angriffen gegen die Türkei zu reagieren. Für das Binnenverhältnis in der Allianz zur Türkei ist erkennbar, dass trotz der erklärten Unterstützung des Rechts – auch der Türkei, Verletzungen des Luftraums auch militärisch abzuwehren, ein gewisser Unwille zu spüren ist. Denn viele NATO Staaten sind der Meinung, dass das Durchfliegen des türkischen Luftraums im südlichsten Zipfel des Landes für 17 Sekunden auch ohne Abschuss hätte behandelt werden können. Dabei wird auch zu analysieren sein, ob Putins Aktionen gegen die Türkei neben der bilateralen Zielrichtung auch auf die NATO Mitglieder und EU MS gemünzt sein kann. Für Veränderungen seiner Maßnahmen gegen die Türkei könnte er von westlichen Staaten im Rahmen der ISSG weitere Zugeständnisse erwarten. Erstens bei einer Einordnung unterschiedlicher Rebellen Gruppen als terroristisch und zweitens bei der Ausgestaltung der Rolle des Regimes in einer möglichen Übergangsregierung. Deshalb sollten die USA, die EU und die NATO klar signalisieren, dass eine Rücknahme unangemessen „ruppigen“ Verhaltens nicht noch „Belohnung“ an anderer Stelle erwarten kann. Und dies gilt unabhängig von der Tatsache, dass sie eine Reihe von Maßnahmen der türkischen Regierung kritisch beurteilen. Dass Handeln/Nicht-Handeln und Gegen-Handeln, die „lebendige Reaktion“, zu Wechselwirkungen führt, die ihrer Natur nach aller Planmäßigkeit entgegenstreben, kann schon an dieser Konstellation aufgezeigt werden.

Die Regionalmächte Saudi Arabien und Iran

Neben der Türkei sind Saudi-Arabien und der Iran zwei weitere Regionalmächte, deren Politik für die frühen Phasen des Syrienkrieges und seine weitere Entwicklung große Bedeutung hatten und haben.

Saudi Arabien war und ist nach dem jahrelangen brutalen Vorgehen Assads gegen die eigene Bevölkerung für dessen Ablösung. Daran haben auch die Formulierungen in der VNSR 2254 nichts geändert. Für die saudische Regierung ist es ein „moralisches und strategisches Versagen Obamas“ Präsident Assad nicht von der Macht getrennt zu haben.

Assad ist auch deshalb ein Ziel, weil er nachhaltige politische und militärische Unterstützung durch den Iran erhält, einschließlich der Hizbollah und weiterer schiitischer Milizen.

Aufgrund dieser Konstellation, der generellen Gegnerschaft der arabischen Staaten und Irans haben saudische Persönlichkeiten und arabische Staaten wie Katar über die vergangenen Jahre auch extreme islamistische Gruppen unterstützt, die gegen Assad gekämpft haben. So wurde zwar verhindert, dass trotz der westlichen praktischen Zurückhaltung im Kampf gegen das Assad Regime, dieser nicht gewinnen konnte. Aber zugleich erlaubte es den Führern und Kräften von ISIS ihrerseits, eigenständig zu operieren und wichtige Gebiete in Syrien und im Irak unter ihre Kontrolle zu bringen.

Auch der sogenannte „Atom deal“ mit dem Iran vom Juli 2015 verstärkte in der arabischen Welt und v.a. in Saudi-Arabien die Unruhe und Besorgnis eines weiteren politischen, ökonomischen und geopolitischen Machtzuwachses für den Iran. Die iranische Position wird aus saudischer Sicht durch das direkte russische Eingreifen, dem die USA nichts entgegenzusetzen können/wollen, noch verstärkt. Denn die Russen haben erreicht, dass Iran Teil der ISSG werden konnte. Bei einer militärisch gegenüber Russland in der Defensive befindlichen U.S. Regierung befürchtet das Königshaus, dass Washington es zu weiteren Zugeständnissen an die Position Russlands und des Iran drängen wird. Ob Saudi-Arabien mit der Propagierung seiner Initiativen und Aktionen gegen den internationalen Terrorismus und der Mitte Dezember in Riad gebildeten „islamischen militärischen Koalition“ gegen jede terroristische Organisation, nicht nur gegen den sog. IS, und die Bündelung der unterschiedlichen



Rebellengruppen gegen Assad zu einer Gruppierung für die anstehenden Verhandlungen in Genf ab dem 25. Januar seine Ausgangsposition für eine syrische Übergangsregierung verbessern kann, ist offen.

Die Vollstreckung der Todesstrafe gegen 47 Terroristen und dabei einen hoch anerkannten schiitischen Gelehrten wird von Teheran als Provokation behandelt, die die „Rache Gottes“ herausfordert. Sie mag aus saudischer Sicht aber auch nur dazu dienen, sich selbst Mut zu machen, dass man dies (noch) tun kann, ohne andere zu fragen. Auch bei dieser Handlung wird offenkundig, dass „die Wirkung, welche irgendeine Maßregel auf den Gegner hervorbringt, das Individuellste ist, was es unter allen Datis des Handelns gibt“ (S. 109). Man wird beobachten müssen, ob und wie beide Regierungen in Teheran und in Riad die Leidenschaften ihrer Bevölkerung mäßigen oder nutzen können oder wollen.

Der Iran hat nach dem „Atom deal“ seine politische Grundhaltung nicht verändert. Die USA und Israel sind weiter die Hauptgegner, Assad wird weiter massiv unterstützt, direkt und über die Hizbollah und andere Milizen, die Regierung in Bagdad wird als schiitischer ‚Juniorpartner‘ im Kampf gegen den sog IS unterstützt. Insofern ist Teheran auch zu praktischer Aktivität an der Seite der „großen Koalition“ gegen den sog. IS im Irak bereit. Allerdings bleibt zu berücksichtigen, dass diese schiitische Phalanx es Ministerpräsident Abadi in Bagdad nicht erleichtert, die sunnitischen Stämme im Lande nach den negativen Erfahrungen unter der Regierung Maliki zu gewinnen und damit von Duldung oder gar Unterstützung des sog. IS abzuziehen.

In Syrien steht Teheran mit Blick auf die anstehenden Verhandlungen in Genf gemeinsam mit Moskau fest und der Seite des Assad Regimes. Die derzeitigen militärischen Angriffe auf die Rebellen nach der Verabschiedung der Resolution 2254 im Sicherheitsrat der VN am 18. Dezember 2015 zeigen, dass beide die eigene Position für die Verhandlungen mit weiteren militärischen Terraingewinnen vor Ort zu stärken beabsichtigen.

Auch wenn noch unklar bleibt, wie die von Ayatollah Ali Khamenei angekündigte „Rache Gottes“ in iranischen Aktionen zum Ausdruck kommt – über die Stürmung und Brandschatzung der saudischen Botschaft in Teheran hinaus – erhöht die vollstreckte Todesstrafe gegen den hochrangigen schiitischen Religionsgelehrten Nimr Baqir al Nimr die Hindernisse, um für einen Waffenstillstand und eine Übergangsregierung in Syrien Fortschritte zu machen.

Könnte mit der Zustimmung mehrerer syrischer Oppositionsgruppen und des Assad Regimes zur Teilnahme an den vorgesehenen Genfer Gesprächen ab Ende Januar 2016 der Eindruck entstehen, dass beide Seiten dabei sind einzusehen, dass ein Niederwerfen des anderen ausbleibt. So könnten nach Clausewitz die Einschätzung der Unwahrscheinlichkeit des eigenen Erfolges und/oder ein zu großer Preis für den Erfolg „Motive zum Frieden“ bilden.

Aktion und Reaktion auf die vollstreckten Todesurteile geben nun allerdings Anlass, die drei „Wechselwirkungen zum Äußersten“ bei Clausewitz (S. 29-31) für die Beurteilung des Handelns und Gegen-Handelns beider Staaten heranzuziehen, um dann in Beratung und Handeln mit beiden Staaten im Blick auf ihre eigenen realistischen politischen Zwecke die Dämpfung verbaler, diplomatischer oder gar militärischer Eskalationsschritte zu erreichen. Denn weder der Iran noch Saudi-Arabien haben die Macht, den anderen „aus dem Feld zu schlagen“. Allerdings können einmal entflammte Exzesse von Leidenschaft, ja Hass, d.h. das Schüren der Feindschaften mit religiösen Motiven, für die Absichten rationaler Machtpolitik beider Staaten eine Eigendynamik entwickeln, die schwer einzudämmen, geschweige denn zu beruhigen ist.



Und nun? – Was tun?

Die unvollständige Betrachtungen einiger ausgewählter Akteure auf internationaler und regionaler Ebene in und um den Krieg in Syrien lassen eindrucksvoll erkennen, dass diese immer wieder ihre politischen Zwecke ins Zentrum stellen, ihren eigenen Standpunkt für den ausschlaggebenden halten und sich dann zum Einsatz von Mitteln entschließen oder sogar bestimmte Mittel erklärtermaßen ausschließen. Es zeigt sich, dass die gewählten oder verbleibenden Mittel einerseits unzureichend sind, um die gesetzten Zwecke zu erreichen und andererseits auch noch unerwünschte Wirkungen auslösen können. Dies wird besonders deutlich bei dem Missverhältnis des politischen Zwecks der Ablösung von Assad, die alle westlichen Staaten sehr früh angestrebt haben, und der Mittel und Maßnahmen, die man dafür eingesetzt hat. War der Zweck unrealistisch, ja falsch? Wenn nicht, dann in jedem Fall die Mittel einer halbherzigen Unterstützung der syrischen Oppositionsgruppen für den Misserfolg gegen einen Diktator, der verantwortlich ist für Hunderttausende von toten syrischen Bürgerinnen und Bürgern.

Auch der politische Zweck von Russland und dem Iran, Assad nicht nur an der Macht zu halten, sondern auch einen vollständigen Erfolg im Kampf gegen die Opposition („alles Terroristen“) zu erringen, ist nicht erreicht worden. Ja, nur durch das direkte militärische Eingreifen Russlands – ein durchaus politisch hohes Risiko – konnte Putin eine Niederlage Assads aufhalten. Allerdings hat Russland sein klares Ziel immer dann mit weiteren, auch militärischen Mitteln unterstützt, wenn dies aufgrund des Gangs von Aktion und Gegenaktion erforderlich wurde.

Die Arabischen Staaten, die fast alle auch nachhaltig die Ablösung Assads zu ihrem Ziel gemacht haben, konnten keine ausschlaggebende Wirksamkeit einer schwierigen Oppositionskonstellation gegen das Regime erreichen. Dabei haben sie eine Reihe extremistischer islamistischer Gruppen und vor allem ISIS nicht nur nicht verhindert, sondern deren Aufstieg sogar ermöglicht.

Fasst man die politischen Zwecke der Akteure zu Beginn dieser Auseinandersetzung ins Auge kann festgehalten werden,

- dass die westlichen und die arabischen Staaten die Ablösung nicht erreicht haben,
- dass Russland und der Iran, als Hauptunterstützer Assads, diesen noch an der Macht gehalten haben, aber nur noch in einem kleinen, allerdings für das Land sehr wichtigen Teil des Territoriums.

Was die Mittel betrifft, waren die der westlichen Staaten und der arabischen Staaten, einschl. der Türkei

- erstens für den gesetzten Zweck unwirksam, zumindest unzureichend und
- zweitens hatte dieser falsche, halbherzige Mittelansatz zusätzlich die unerwünschte Folge, dass Teile der Opposition bei extremistischen Islamisten Gruppen Unterstützung suchen mussten, die ihnen von den westlichen Staaten versagt wurde, was
- drittens im Ergebnis nun zu einem „Zweifrontenkrieg“ der Opposition führte und ihre Aussicht auf Erfolg weiter reduzierte und
- viertens dem politischen Zweck gegen Assad nun für diese Staaten den teilweise sogar als prioritär eingeschätzten Zweck der Ausschaltung des sog IS hinzufügte.

Was die massiven, auch militärischen Mittel Assads sowie der Russen, Iraner und zusätzlicher Milizgruppierungen wie der Hizbollah betrifft, konnte damit

- erstens kein Sieg Assads gegen alle Oppositionskräfte erreicht werden, wurden



- zweitens hunderttausende Tote, über 3 Millionen Flüchtlinge und ca. 5 Millionen Binnenflüchtlinge über fünf Jahre Krieg (viele potentielle Gegenkräfte) geschaffen, reichten
- drittens die Mittel nicht, um die zunächst durchaus gewollten extremistischen islamistischen Gruppen und v.a. den sog. IS zurückzudrängen oder sogar zu zerschlagen, was nun
- viertens auch auf dieser Seite unter russischer Führung zu Überlegungen führt, eine Front der Opposition einzubeziehen – natürlich mit dem Regime, um
- fünftens dann – wenn jenes gelingt – eine breitere Phalanx, ggf. auch zwei parallele Operationen gegen den sog. IS in Stellung zu bringen.

Was tun?

Betrachtet man diese Elemente der Analyse, könnte sich ein – zunächst noch sehr theoretischer – Weg ergeben, um den Bürgerkrieg und Stellvertreter Krieg in eine Phase der „Beruhigung“ zu leiten.

Von diametral entgegengesetzten Zielen (Assad muss weg gegen Assads Herrschaft ist legitim) zu einer Variation zumindest der „nächsten Zwecke“ wie Clausewitz dies in einer Kette einander untergeordneter Zwecke sieht. Ein nächster Zweck ist die Bildung einer Übergangsregierung für Syrien (wirksam zunächst im Territorium ohne sog. IS) und ein Waffenstillstand zwischen den Beteiligten dieser Übergangsregierung.

Wenn dies bei den Verhandlungen in Genf ab Ende Januar 2016 für alle die Richtschnur bleibt – trotz der zugespitzten Lage zwischen Iran und Saudi-Arabien – könnte aus der Sicht Moskaus und Washingtons (einschl. aller westl. Hauptstädte) eine Entwicklung unter dem Schirm der VN und der Betreuung durch die ISSG beginnen, bei der Kompromisse möglich werden.

Dies nicht so sehr, weil man die Unwahrscheinlichkeit des je eigenen Erfolges eingesteht oder die zu hohen Kosten für die Fortsetzung des Krieges in den Vordergrund rückt. Sondern man wird diese Elemente eher hinter der Blickrichtung auf den sog. IS und die anderen extremistischen islamistischen Gruppen verbergen, die außer in Syrien auch transnational tätig sind.

Für diesen „schwierigen, komplizierten politischen Verhandlungsweg gibt es keine Erfolgsgarantie“ konstatierte ich vor drei Jahren. Seither hat der ‚ellenlange‘ Krieg mit dramatischen zivilen Verlusten und Zerstörungen weiter getobt und sich mit dem sog. IS weiter verschärft. Auch wenn die Gespräche in Genf stattfinden, werden die Beteiligten ihren Kampf intensiv weiter führen, weil jede Partei mit kleinen Erfolgen vor Ort versuchen wird, ihre Verhandlungsposition zu stärken. Die komplexe Dynamik in Syrien, in der Region und unter den internationalen Akteuren wird weiter ständig Unsicherheiten erzeugen. Neue Wahrscheinlichkeiten für die Akteure, Zufälle auf unterschiedlichen Ebenen und verschiedenen Feldern und nicht zuletzt innere und äußere Friktionen werden alle mit einem verwirrenden, schwer entwirrbaren Knäuel konfrontieren.

So haben bisher und werden auch weiterhin alle Handelnden die Dinge immer wieder anders finden, als sie es erwartet haben. Entschlüsse werden zu fassen sein, ohne dass alle Daten verfügbar sind und die Zeit ausführliche Überlegungen zulässt. Die eigenen Vorsätze werden nur wankend, nicht umgestoßen. Das aber erhöht die Ungewissheit, statt sie zu verringern. Besonders exemplarisch und folgenreich wird das bei Obama und seiner Administration erkennbar.

Von den Kämpfern und Führern vor Ort, über die Handelnden in unmittelbar betroffenen Nachbarstaaten und Regionalstaaten bis zu den Groß- und Mittelmächten ist und bleibt dieser „beständige Streit mit dem Unerwarteten“ eine wesentliche Größe in der Bewältigung dieses Krieges und dieser weiterreichenden Krise. Die



Persönlichkeiten unter den handelnden Führern, die diesen „Streit“ annehmen und mit kühlem Verstand, festem Willen, Mut und Entschlossenheit im Sinne ihrer jeweils näheren und übergeordneten Zwecke entscheiden und handeln, werden wohl am ehesten erfolgreich sein können.

Gerade nach den kritischen Ereignissen vor und nach dem Jahreswechsel wird es dabei bleiben, dass weitere Vorkommnisse oder Maßnahmen Entwicklungen hervorbringen, die nicht vorausgesehen werden. Deshalb ist es erforderlich und möglich in kontinuierlicher Feststellung und Beurteilung der Gesamtlage aller Verhältnisse, in die die individuellsten Züge des Augenblicks mitverflochten sind, als Regierung, seien es die USA, die Russen oder Deutschland, seine politischen Zwecke zu überprüfen und – wo geboten – anzupassen, um dann und dafür erreichbare Ziele zu setzen und diese mit mindestens hinreichenden nicht-militärischen und militärischen Mitteln im Konzert mit Verbündeten, Partnern, der internationalen Gemeinschaft und vor allem den (eigenen) Akteuren im Bürgerkrieg selbst zielstrebig und standhaft zu erreichen.

Wenn die Erkenntnis reift, dass in diesem Krieg und dieser Krise der eine den anderen nicht ganz wehrlos machen kann, werden die Motive zum Frieden in beiden Teilen steigen. Angenommen diese Motive wären auf beiden (allen) Seiten gleich stark, so könnte man sich bei den Verhandlungen in Genf, Wien und New York in der Mitte ihrer politischen Differenz treffen. Was sie dabei in dem einen an Stärke zunehmen, dürfen sie in dem anderen schwächer sein, wenn ihre jeweilige Summe nur hinreicht, so wird der Friede zustande kommen, natürlich aber zum Besten dessen ausfallen, der die schwächsten Motive dazu hatte (S.50). Hier also liegt des „Pudels Kern“, warum alle Parteien für eine Position vor Ort und mit starken Partnern dafür kämpfen und arbeiten, „diese schwächsten Motive“ zu haben.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und wird im Jahrbuch 2015 der Clausewitz-Gesellschaft e.V erscheinen.

Alle genannten Seitenzahlen beziehen sich auf: Carl von Clausewitz, Vom Kriege, hinterlassenes Werk, ungekürzter Text, 5.Auflage 2008, Ullstein TB, 736 S.